

Ersteinst
täglich mit Ausnahme Sonn-
und Feiertage.

Bezugspreise
monatlich 3,50 Mk. (incl. Post-
und Gebühre); durch die Post
bezogen 3 Mk. 25 Pf.

Bezugarten: 25 Pf.
Einzelnummern kosten
10 Pf.

Kreis-Zeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Anzeigenpreis

die viergespaltene Garnon-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachrichtenblatt die
Zeile 35 Pfg. — Nach-
satz bei späteren Wiederhol-
ungen. — Einzelne Wohn-
ungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Geschäftsstelle

Poststraße 75, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 1155
Frankfurt a. M.

Frauenwahlrecht und Frauenwahl- pflicht.

In keinem Lande der Erde ist den Frauen das Wahlrecht so unvorbereitet und plötzlich übertragen wie in Deutschland. Überall haben seit etwa fünfzig Jahren die Frauen ganz allmählich erst das Wahlrecht für Stadt- u. Landgemeinden, dann in langem Kampf, der viele Frauen erst geschult hat, das Wahlrecht für das Parlament bekommen. Die deutschen Frauen, am längsten zurückgehalten, erhielten jetzt alles auf einmal — nicht nur das Wahlrecht für Stadt- und Landgemeinden, für Bundesstaat und Reich, sondern auch für die Wählbarkeit, und das alles ohne Begrenzung — alle über 20-jährigen Frauen, ob Hausfrauen, Hausarbeiter oder berufstätige, umfassend. Es werden etwa 20 Millionen Frauen das Wahlrecht auszuüben berechtigt sein.

Und das nun in einer Zeit, da das deutsche Reich von Grund aus neu gebaut werden soll, da die größten Entscheidungen in Hände der Wählerschaft gelegt sind, die jemals ihr anvertraut waren: die Frage von Monarchie und Republik, von Reich und Bundesstaaten, von Reichstag und Bundesrat und andere mehr. Angehört ist die Verantwortung, die auf den Frauen liegt. Sie entscheiden mit über die deutsche Zukunft, über die politischen Grundlagen für das Schicksal ihrer Kinder.

Es ist gut und schlecht, daß das Frauenwahlrecht in so entscheidungsreicher Zeit verwirklicht wird.

Gut, weil dadurch alle und alle gewekt werden, weil das ganze Volk in tiefster Erregung ist und heute jeder gespürt hat, wie sehr sein eigenes Schicksal von der Führung des Staates abhängt und wie wichtig es ist, wer das Ruder in der Hand hat. Ruhigere Zeiten würden vielleicht viele Frauen gleichgültig gelassen haben; diese müssen ja jede von ihnen so dringend zu ihrer Wahlpflicht rufen, daß sie folgen muß.

Aber es ist auch schlimm, daß so schwere Verantwortung so unvorbereitet auferlegt wird. Von Frauenvereinen, Parteien und jedem, der lebendig genug ist, um andere beeinflussen zu können, muß in der nächsten Zeit eine Riesearbeit geleistet werden, um die Frauen zu politischem Interesse zu erwecken und ihnen die Wege zu weisen.

Zunächst, damit sie verstehen, daß sie wählen müssen. Viele werden geneigt sein, die Verantwortung abzuschieben, weil sie nichts davon verstehen. Aber es gibt ja kein Abschieben. Ob sie wählen oder nicht wählen, auf alle Fälle machen sie mit. Politisch. Im ersten Fall ihre eigene oder die ihres Kreises, im zweiten Fall die der anderen, der Gegner. Das müssen alle begreifen lernen. Die Bäuerin, die nicht wählt, schwächt die Sache der Landwirtschaft, die Arbeiterin die ihrer Klassengenossen, die Frau der bürgerlichen Kreise trägt, wenn sie politisch tobt, dem Bürgertum sein Grab. Jede ausfallende Stimme verschleiert die Kräfte zugunsten des Gegners, befordert das Unerwünschte. Und umgekehrt: alle Frauen haben jetzt die Möglichkeit, Zustände herbeiführen zu helfen, die sie wünschen, wenn sie erwachen und andere wecken, wenn sie sich selbst politisch belehren lassen und andere belehren.

Wo sollen die Frauen wählen? Sie müssen sich den Parteien anschließen. Zu anderen Zeiten hätte man sich überlegen können, ob es nicht auch möglich wäre, daß Frauen ihres Vertrauens ohne Rücksicht auf die Parteipolitik wählen. Heute, bei den Wahlen zur Nationalversammlung geht das nicht. Denn zu den Fragen, die jetzt entschieden werden muß man als Parteipolitiker Stellung nehmen, nicht als Mann oder Frau. Jeder Wähler, ob Mann oder Frau, muß wissen, ob er ein einheitliches Reich oder die Aufrechterhaltung der bisherigen Bundesstaaten will, ob Monarchie, oder lebenslänglichen Präsidenten oder Präsidenten auf Zeit, ob Freiheit für Handel und Gewerbe oder staatliche Zwangswirtschaft usw. Je nach der Antwort auf diese Frage werden sich die Parteien bilden, niemand aber kann um die klare Stellung zu ihnen herumkommen. Auch die Frauen können nicht ohne Parteistellung bleiben. Sie müssen sich parteipolitisch entscheiden.

Dieser Entscheidung aber muß eine rege, vielseitige Belehrung vorausgehen, die das Aufklärungsbedürfnis befriedigt, das jetzt Millionen von Frauen erfüllt, u. dem guten Willen zu gewissenhafter Stellungnahme entgegenkommt, der viele beseitigt.

In dunkler, zukunftsicherer Zeit müssen die deutschen Frauen eine politische Entwicklung durchmachen, die sie als Staatsbürgerinnen weiter bringt als die Frauen irgend eines Landes der Erde. Es wäre eine schöne Krönung ihres unendlich tapferen Durchhaltens während der langen Kriegsjahre, wenn sie sich jetzt in neuer schwerer Verantwortung bewährten.

Gertrud Bäumer.

Der Waffenstillstand.

Die Verzögerungstaktik der Entente.

Berlin, 27. Nov. (W. B.) Wir uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, überreichte der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission dem Vorsitzenden der

internationalen Waffenstillstandskommission folgende Note:

1. Gemäß Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages ist die internationale Waffenstillstandskommission eingesetzt worden, um die bestmögliche Ausführung des Waffenstillstandsabkommens zu sichern. Deutschland hat daher annehmen können, daß hier alle in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Punkte erörtert werden würden und hat von vornherein und wiederholt um die Entsendung aller in Frage kommenden Vertreter durch die Alliierten und die Vereinigten Staaten gebeten.

2. Am 18. November sind schriftliche Bitten um Mitberungen der Waffenstillstandsbedingungen zur See übergeben worden. Hierauf ist am gleichen Tage erwidert worden, daß diese Bitten an die zuständige Stelle weitergegeben seien. Am 20. November wurde mitgeteilt, daß Admiral Beatty sich Admiral Reuter gegenüber als nicht zuständig für die Fragen der Handelschiffahrt erklärte, und erneut um Entsendung entsprechender Vertreter gebeten. Es sind bisher weder Vertreter noch eine Antwort auf die schriftlich gestellten Fragen eingetroffen.

3. Die Erörterung der Fragen bildet keinen Aufschub, da das deutsche Volk noch schlimmeren Hunger leiden muß als bisher, wenn ihm durch die Verhängung der Blockade, die der Waffenstillstand gebracht hat, die geringen Zufuhren, die es während des Krieges noch hatte, entzogen werden und die Seefischerei unterbunden wird. Zu der Gefahr des Verhungerns mit allen ihren Folgeerscheinungen tritt jetzt schon die große Gefährdung der öffentlichen Ordnung in allen Hafenstädten durch die Arbeitslosigkeit der fischenden und fischereibevölkerung.

4. Es widerspricht dem Wesen eines Vertrages, daß bestimmte Punkte desselben von der Verhandlung einseitig ausgeschlossen werden, während über alle anderen Punkte verhandelt wird. Besonders einseitig muß ein solches Verfahren bezüglich der Zufuhren und der Seefischerei erscheinen, da Deutschland weder willens noch in der Lage ist, den Krieg wieder aufzunehmen, somit also die Voraussetzungen für die harten Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr vorhanden sind.

Die feindliche Besetzung.

Berlin, 27. Nov. (W. B.) Im linksrheinischen Gebiet laufen unzählige Gerüchte um über die Stärke und Art der künftigen Besatzungstruppen. Alle diese Nachrichten sind falsch, da der Oberbefehlshaber der Alliierten noch keine Entscheidung in dieser Frage getroffen haben. Sobald bestimmte Nachrichten vorliegen, werden sie veröffentlicht, ebenso auch über die Regelung des Personenverkehrs nach den besetzten Gebieten.

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission: Erzberger.

Ludwigshafen, 27. Nov. (W. B.) Das Oberkommando der Truppen in der Pfalz teilt mit: Nach einer Meldung der pfälzischen Bezirksämter räumen die Entente-Truppen die Ortschaften an der Südgrenze der Pfalz, welche sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt haben. Anscheinend erfolgt die Räumung auf Grund des Einspruchs der Waffenstillstandskommission.

Frankfurt Besetzungsgebiet oder neutrale Zone?

Wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt, ist eine bestimmte Entscheidung über Besetzung oder Nichtbesetzung der Stadt Frankfurt noch nicht getroffen. Ein Protest der Bürgerschaft, der sich gegen eine auch nur teilweise Besetzung Frankfurts wendet (sie betrifft den westlichen Stadteil) wurde dem Staatssekretär Erzberger, dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission telegraphisch übermittelt. Darauf ging folgende Antwort ein:

Berlin 26. Nov. Depesche 25 erhalten. Seitherige Bemühungen werden fortgesetzt, damit Frankfurt nebst Vororten nicht Brückenkopf Mainz einbezogen wird. In kurzer Frist wird in Mainz besondere Kommission erscheinen, welche ganze Frage über Brückenkopf regelt. Staatssekretär Erzberger.

Ferner erhielt der Frankfurter Arbeiter- u. Soldatenrat in der letzten Nacht folgendes Telegramm:

Berlin, 26. Nov., 6.45 N. Dort verbreitete Gerüchte, daß Franzosen Frankfurt besetzen, entbehren jeder Begründung. Verhandlungen schweben, daß Frankfurt mit Vororten restlos neutraler Zone einverleibt wird. Resultat dieser Verhandlungen wird mitgeteilt, sowie hier eingeht. Staatssekretär Erzberger.

Drückende Wirtschaftslage.

Tagung

der Groß-Berliner A. u. S. = Räte.

Berlin, 27. Nov. (W. B.) Die 10. Tagung der Groß-Berliner A. u. S. = Räte beschäftigte sich mit den wirtschaftlichen Fragen innerhalb der Betriebe und mit Stellung der Unternehmer. Der Volksbeauftragte Emil Barth leitete die Beratung mit einem ausführlichen Bericht ein, worin er sich mit rückhaltloser Deutlichkeit über die wirt-

schaftliche Lage aussprach. Wenn es so weiter geht, wie es in den letzten Wochen gegangen ist, sind wir mit unserem Latein zu Ende. Auf dem Gebiete der Ernährung stehen wir vor ungeheurer schwierigen Aufgaben. Das Kriegsernährungsamt trieb eine förmliche Panzerpolitik. Noch schlimmer liegt es auf dem Gebiet der Wirtschaft. Die Kohlenförderung ging in den letzten Wochen auf weniger als den vierten Teil des Friedensstandes herunter. Trotzdem wurde in Oberschlesien gestreift. Obwohl selbst die hanebüchlichsten Forderungen bewilligt wurden, sind die Leute zum Teil nicht eingefahren. Wenn wir aus Oberschlesien die schwarzen Diamanten nicht mehr bekommen, dann ist in 14 Tagen Gas und Elektrizität außer Betrieb. Wenn wir nicht feuern können, können wir überhaupt nicht produzieren. Ebenso schlimm ist es mit der Transportfrage. Was uns an rollendem Material noch der in den Waffenstillstandsbedingungen geforderten Abgabe an die Entente noch verbleibt, muß in der nächsten Zeit zum größten Teil noch für die Demobilisation des Heeres verwendet werden. Auch im Osten steht noch ein Heer, das um Hilfe bittet, um nicht an der Bereina zu Grunde zu gehen. Deshalb müssen Transportmittel mit Anspannung aller Kräfte hergestellt werden. Heute fällt auch die Entscheidung über Rodensens Armee. Voraussichtlich wird der größte Teil von ihr den Heimweg in Fußmärschen zurücklegen müssen. Ein englisches oder französisches Kontingent wird vielleicht die Führung bis zur Grenze übernehmen. Sieben bis acht Millionen Menschen stehen in den Produktionsprozess zurück. Neben dem Frieden müssen wir Arbeit und Brot bringen, sonst können wir uns nicht behaupten. Experimente einzelner Gruppen können nicht geduldet werden. Der Sozialismus muß großzügig zu Werke gehen und organisieren. Alle Teile müssen sich einordnen und unterordnen, damit das Haus vom Fundament bis zur Dachspitze wohnlich wird. Wir können nicht Millionen arbeitslos auf dem Pflaster liegen lassen. Wo sollen die Gelder für die Unterstützung der Erwerbslosen herkommen? (Zuruf: Kapital abnehmen!) Wie stellen Sie sich das Kapital vor? Selbst wenn wir alles restlos sozialisieren, selbst die Schaufel als Produktionsmittel verstaatlichen, haben wir nicht von heute auf morgen Geld. Zur Durchführung der Sozialisierung gehört ein organischer und klar durchdachter Plan. Wenn jetzt einzelne Erwerbsgruppen ohne Rücksicht auf die anderen vorgehen, so richtet sich der Kampf nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern gegen die sozialistische Republik. Genau so wie wir von der Arbeiterschaft ein Einschwenken im Interesse des Sozialismus verlangen, so verlangen wir aber auch ein restloses Einschwenken der Unternehmer ohne Rücksicht auf den eigenen Ruhen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn das Rohmaterial zweckmäßig verwertet wird, können für die erforderlichen Transportmittel sofort Hunderttausende beschäftigt werden. Auf dem Lande müssen die Rittgeräthe sozialisiert werden. Dazu brauchen wir Wohnungsbau auf dem Lande und landwirtschaftliche Maschinen. Alle diese Probleme können nur durch Kohle, Nahrungsmittel und bei voller Disziplin der Arbeiterschaft bewältigt werden. Wenn die Revolution nur eine große Lohnbewegung gewesen sein soll, dann ist die Sache zu Ende. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir in den nächsten Monaten nicht die erforderlichen Nahrungsmittel bekommen wird Deutschland bis zur nächsten Ernte durch Hungerinfluenza verdrückt sein. Deutschland braucht Rohstoffe und kann sie nur erhalten durch sofortigen Abbruch eines Präliminarfriedens. Alle Arbeiter müssen sich jetzt der Notwendigkeit fügen. Schon ist die Gegenpartei am Werk, um der Revolution den Garaus zu machen, darum müssen wir geschlossen und einträchtig handeln. Wir brauchen auch noch Munition, wir sind nicht feige genug, um ruhig mitanzusehen wie ein General mit einer Bräuterngarde die Revolution überfällt. (Lebhafte Zustimmung.) Um Remedur zu schaffen, verlangen wir im Rabinett sofort die Verlegung der Obersten Heeresleitung nach Berlin. Ferner müssen sofort alle Erlasse, die das Tragen von roten Abzeichen verbieten, rückgängig gemacht werden. Schließlich soll General Eberhardt sofort zur Disposition gestellt werden. Die Oberste Heeresleitung will über unsere Forderungen beraten. General Gröner erklärte aber bereits, daß er sich selbstverständlich dem Rabinett fügen werde.

Darf nun in solchen Zeiten das Produktionsleben still gelegt werden? Ist jetzt die Frage, ob Lohn oder Akkordarbeit die Hauptsache? Das wäre eine Kurzsichtigkeit, die ibersgesehen sucht. Nach einem Jahr wird von Akkordarbeit überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Arbeitsentlassungen dürfen erst dann erfolgen, wenn die Arbeitszeit für die Allgemeinheit auf vier Stunden herabgesetzt ist. Die vierstündige Arbeitszeit wird für die Uebergangszeit die Normalarbeitszeit sein. Nur wenn die Arbeiter rückwärtslos bis zum Außersten gegen jeden Feind zusammenstehen, können wir eine wahre, vollständig ausgearbeitete, deutsche sozialistische Republik erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Die Vorgeschichte des Krieges.

Frankfurt a. M., 28. Nov. (Priv.-Tel.) Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin erfährt, hat der bisherige Geschäftsträger der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, Legationsrat von Schön, seinen Abschied eingereicht. Der Schritt hängt damit zusammen, daß die gegenwärtige

bayerische Regierung die bekannten Berichte zur Borge-sichte des Krieges, deren einer von Herrn v. Schön her-rührt, veröffentlicht hat.

Auslandstimmen.

London, 27. Nov. (W. B.) „Daily Telegraph“ schreibt zu den bayerischen Enthüllungen über den Ursprung des Krieges: Von allen Seiten kommt die Bestätigung der Ueberzeugung, die schon längst von allen den Alliierten ge-geht wurde. Wenn wir fragen, warum die deutschen Stämme so viel Wert darauf legen, ihre schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit zu waschen, so ist die Antwort wahr-scheinlich, daß sie wünschen, ein für allemal das preussische Uebergewicht zu beseitigen. Vielleicht werden schließlich zwei Republiken entstehen eine mit Frankfurt als Haupt-stadt, die andere mit Berlin. Wir können nur hoffen, daß in Deutschland irgendeine dauerhafte Regierung entstehen wird, mit der in Friedensverhandlungen zu treten für die Ententemächte möglich ist. Aber wir können keinen Un-terschied zwischen den verschiedenen Teilen des früheren Deutschen Reiches machen oder einige Staaten von der Verantwortung für den Krieg entlasten. Bayern ist genau so wie jeder andere Staat hineingerwickelt. Die Ent-hüllungen Verdenfelds bestätigen nur unsere Ansicht, daß das ganze Deutschland sich dafür entschieden hat, die Ver-antwortung für das Vorgehen der kaiserlichen Regierung zu übernehmen. Deswegen muß es dieselbe Beurteilung und dieselbe Strafe erwarten.

Die Friedensbedingungen.

Englands Forderungen.

London, 26. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Reuter. Im Laufe seiner Rede in Dundee erklärte Churchill in Beant-wortung der Frage über die Friedensbedingungen: Wir sind völlig ungebunden hinsichtlich der Freiheit der Meere. Die deutsche Nation als Ganzes war an diesem Angriffs-krieg schuldig. Sie haben alle dafür zu zahlen. Jeder ein-zelne Deutsche, der bestimmter Brüche des Kriegsrechtes zu Lande oder zur See überführt werden kann, oder der nach-weislich Gefangene grausam behandelte, sollte vor Gericht gestellt und wie ein Verbrecher bestraft werden, wie hoch gestellt er auch sei. Die juristischen Berater der Krone sind beschäftigt, diese Frage zu prüfen, damit wir im-stande sind, unsere Anklagen gegen die Schuldigen vorzu-bereiten.

Berlin, 28. Nov. (Priv.-Tel.) Zu Churchills Forde-rungen schreibt der „Vorwärts“: Sie sagen kurz und bün-dig und sehr ohne Verschleiierung, was den britischen Im-perialismus zu dem äußersten Aufwand an Blut und Geld anstachelte. Ueberraschend sind die Forderungen keineswegs. Wie aber werden die Länder der Alliierten sich zu dem Völkerverdammnis Churchills verhalten, der die Secantokratie Englands ungekennzeichnet innerhalb der Weltallianz, die demokratisch sein soll, aufrecht erhalten wissen will?

Die U-Boote, keine Waffe gegen den Handel.

London, 26. Nov. (Reuter.) Wie die „Times“ aus Neuport aus gut unterrichteter Quelle erfährt, wird die amerikanische Friedensdelegation für die völkerrechtliche Bestimmung eintreten, wonach die Unterseeboote als Waf-fen gegen den Handel vollständig ausgeschaltet werden.

Die Einschränkungen im Eisenbahnverkehr.

Berlin, 27. Nov. (Priv.-Tel.) Die infolge der Demo-bilmachung im Eisenbahnverkehr notwendig gewordenen Einschränkungen sind nunmehr durchgeführt. Daher hat sich der Zugverkehr in den letzten Tagen etwas regelmä-ßig gestaltet; der heutigen Verhältnissen nach kann jedoch noch nicht mit Sicherheit gesagt werden, welche Züge am folgenden Tage verkehren. Die Einschränkungen hatten nicht den großen Umfang angenommen, wie bis jetzt den Anschein hatte. Es verkehren auf fast allen Strecken mehrere Züge am Tage. Auf den Berliner Bahnhöfen fahren die Züge regelmäßig und fast durchweg pünktlich ab, dagegen treffen die ankommenden Züge mit ziemlich großen Verspätungen hier ein. Die Durchführung der Nahrungsmittel- und Kohlentransporte ist trotz der Ueberlastung der Eisenbahn mit Militärlügen ohne Schwierigkeiten ermöglicht worden. Der Streik der Koh-lenarbeiter in Oberschlesien hat auf die Kohlenversorgung der Eisenbahn keinen Einfluß, der Betrieb der Eisen-bahnen wird ohne Störung aufrecht erhalten werden kön-nen. Mit fortschreitender Demobilisierung wird auf den Eisenbahnen eine Entlastung eintreten, die vielleicht schon in wenigen Wochen es ermöglicht, den Personenverkehr nach und nach zu erweitern. Der Güterverkehr ist vor-läufig von heute, Donnerstag, den 28. d. Mts. bis Sam-stag, den 30. gänzlich gesperrt.

Das Auswärtige Amt.

Der Konflikt zwischen Solf und den Unabhängigen.

München, 26. Nov. (W. B.) Die Korrespondenz Hoff-mann meldet: Vom Ministerium des Auswärtigen wurde nach-stehendes Telegramm gestern Abend an den bayerischen Gesandten in Berlin zur Uebermittlung an das Auswärt-ige Amt gesandt: Die neuerlichen Versuche, die alten Me-thoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, um das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Auswärtigen des Reiches, jeden Verkehr mit den gegen-wärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen. Kurt Eisner.

Berlin, 28. Nov. (Priv.-Tel.) Der „Vorwärts“ meint, daß Eisner mit seinem neuesten Schritt gegen die gegen-wärtigen Vertreter des Auswärtigen Amtes der Reichs-leitung ihre schwierige Lage nicht erleichtert habe. Er sagt: Warum von München aus der Bogen so überspannt wird, versteht man in Berlin nicht. Nichttrauische glauben jedoch schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nach-ahmen und sich für den Preis der Reichszertrennung einen billigen Frieden erkaufen. Dem steht jedoch die strikte Erklärung Eisners für die Erhaltung der Reichs-

einheit gegenüber. Wir glauben aber nicht, daß er auf dem richtigen Wege ist, die Reichseinheit zu festigen und bessere Friedensbedingungen für Deutschland zu erreichen.

Letzte Meldungen.

Der Rückmarsch der Truppen.

Frankfurt a. M., 27. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Die 5. Armee unter General v. d. Marwitz in Stärke von un-gefähr 500 000 Mann setzte bisher ihren Rückmarsch pro-grammatisch und in bester Ordnung bei geordneter Ver-pflegung fort. Am 27. Nov. werden die Spitzen der Armee den Rhein zwischen Mainz und St. Goar erreichen und den Fluß auf den Brücken bei Mainz, der Hindenburg-Brücke bei Gießenheim und der Pontonbrücke bei St. Goar überschreiten. Der Weitermarsch wird dann über Frank-furt, Groß-Gerau, Biebrich und Nastätten erfolgen.

Berlin, 27. Nov. (Priv.-Tel.) Die frühere Kaiserin Auguste Viktoria wird, wie zuverlässig verlautet, in näch-ster Zeit mit Erlaubnis der holländischen Regierung ihren Gemahl aufsuchen.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 28. Nov. 1918.

* Die ersten Fronttruppen, eine Abteilung des Regi-ments Nr. 117, kamen heute morgen gegen 12 Uhr durch unsere Stadt. Sie kamen von Mainz und marschierten nach Friedberg.

1. Deutsche demokratische Partei. Gestern Abend wurde, wie uns mitgeteilt wird, von einer größeren Anzahl von Mitgliedern der früheren fortschrittlichen Volkspartei, unter Hinzutritt anderer Herren, ein Ortsverein der Deutschen demokratischen Partei gebildet. Als vorläufiger Vorstand wurden die Herren Rüßmann, Dr. Wertheimer, Rendant Schneider, San.-Rat Dr. Pariser, Kleinlein und G. Wächtershäuser gewählt, welche mit den erforder-lichen Vorarbeiten für die Ausgestaltung und Tätigkeit des Vereins sowie mit der Annahme weiterer Beitritts-erklärungen von Frauen und Männern betraut wurden.

* Verbot der Veräußerung von Eigentum der Mil-itärverwaltung. Es wird darauf hingewiesen, daß Ei-gen-tum der Heeresverwaltung, wie Bekleidungs- und Aus-rüstungsstücke, Waffen und Munition, Pferde, Auto-mobile usw., ohne Genehmigung der zuständigen Stelle von Militärpersonen weder veräußert noch preisgegeben werden dürfen. Nach den in Kraft gebliebenen gefehligen Bestimmungen machen sich Zuwiderhandelnde schwer strafbar. Auch Verkäufer solcher unrechtmäßig veräußerten Gegenstände werden wegen Begünstigung, Hehlerei und Betrug strafrechtlich verfolgt. (§§ 257 bis 263 des Reichsstrafgesetzbuches.)

* Anmeldung des Bedarfs an Arbeitskräften. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung hat eine Verordnung erlassen, wonach alle Arbeitgeber verpflich-tet sind, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei dem nicht gewerbmäßigen Arbeits-nachweis zur Anmeldung zu bringen. Auch alle Staats- und Kommunalbehörden, bei denen Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, haben diese Anmeldepflicht zu er-füllen. Die peinlichste Befolgung dieser Vorschrift ist unbedingt notwendig, weil nur durch eine lückenlose An-meldung des gesamten Arbeiterbedarfs eine Stauung des Arbeitgeberangebots auf der einen und das Fehlen von Arbeitskräften an Stellen, wo sie dringend gebraucht werden, auf der anderen Seite verhütet werden kann. Auch für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge ist die Anmeldung aller offenen Stellen unentbehrlich.

* Kriegsblinde in der Industrie. In Friedenszeit konnte man es sich nicht vorstellen, daß ein Blinder sich mit sehenden Arbeitern in einen Arbeitswettbewerb in einer Werkstätte einläßt; der Krieg hat uns auch nach dieser Richtung hin eines Besseren belehrt: heute zählen die Kriegsblinden in den Werkstätten nach Hunderten.

Die Arbeit, die ihnen in den Werkstätten zugewiesen wird, besteht hauptsächlich in solchen Verrichtungen, die mehr die Feinheit des Gefühls oder des Gehörs bean-spruchen. So werden die Blinden in den Musikinstru-mentenfabriken zum Abstimmen der Instrumente ver-wendet; in den Metallwarenfabriken finden sie bei der Bearbeitung halbfertiger Waren, Schmirgeln, Abgraten, Einpassen, auch für genaue Maßprüfung mit Kalibern Verwendung; besondere Blindenarbeiten dieser Art sind ferner Verpacken, Einzahlen fertiger Waren. In der Spielwaren- und Papierwarenindustrie werden Versuche für die Verwendung Erblindeter mit gutem Erfolg durch-geführt. Aus dem Rheinland wird gemeldet, daß auch in der Steinindustrie Verwendungsmöglichkeit für Blinde gegeben ist. Der Erfolg der Blindenarbeit kann aber noch wesentlich gesteigert werden, wenn sie in Zusammenarbeit mit einem Sehenden ausgeführt wird. Entsprechende Schutzvorrichtungen an den Maschinen ermöglichen es, daß das Arbeitsgebiet für Blinde sich noch wesentlich erwei-tern läßt.

Die Versuche haben dazu geführt, daß die Kriegsblin-den, deren Verwendung in Fabrik und Werkstätte man anfänglich wenig vertrauensvoll gegenüber gestanden ist, im-mer mehr in solche Betriebe übernommen werden. Die Heeresverwaltung ist hier mit gutem Beispiel voran-gegangen und hat besonders in den Pulver- und Munitions-fabriken, z. B. in Spandau, eine größere Anzahl Blinder mit gutem Erfolg beschäftigt.

* Gute Aussichten für Raucher. Wie bestimmt ver-lautet, hat die deutsche Zentrale für Tabakheereslieferun-gen in Minden Anweisung gegeben, daß die in Bel-gien und im übrigen linksrheinischen Gebiete befindlichen Zigaretten-Depots aufgelöst und ihre Bestände wieder den Fabrikanten zugeführt werden, die sie wiederum für ihre Kunden benutzen können. Ebenso ist die Weiterbearbeitung der Rohstoffe in den Zigarettenfabriken für Heeres-

zwecke fürs erste aufgehoben und den Fabriken die Ver-arbeitung ihrer Rohstoffe für ihre Kundschaft freigege-ben worden.

Vermischte Nachrichten.

Das Straßburger Kaiserdenkmal zerstört. In Straßburg wurde in der Nacht zum Sonntag von Bür-gern und Soldaten die Schutzhülle, die das Kaiserdenk-mal umgab, erbrochen und das Denkmal mittels eines Steins vom Sockel gestürzt. Mit Hammer und Meißel wurde Stück um Stück von dem viele Zentner schweren Denkmal abgeschlagen. Die Schar schleifte alsdann an einem langen Seile den Bronzekopf vom Denkmal Kaiser-Wilhelms I. über das Pflaster und legte ihn zu Füßen des Standbildes des Generals Kleber.

Wettbewerb für neue Briefmarken. Die Münchener Neuesten Nachrichten laden deutsche und deutsch-öste-reichische, insbesondere bayerische und Münchener Künstler ein, sich an einem Wettbewerb für neue Briefmarken-entwürfe zu beteiligen. Es wird dabei sowohl an Marken für die vereinigten deutschen Staaten gedacht wie auch an Sonderwertzeichen für Bayern. Es sind zehn Preise im Gesamtbetrag von 3000 Mark ausgesetzt.

Für 500 000 M. Lebensmittel beschlagnahmt. Vor einigen Tagen traf in Berlin ein aus sieben Eisenbahn-wagen bestehender Transport aus Belgien ein, der Mar-ketenderwagen, Lebensmittel aller Art, Tabak, Weine usw. im Werte von 500 000 Mark enthielt. Der Beglei-ter des Transports, ein Beamtenstellvertreter, stellte die Waren, statt sie der Militärbehörde zu übergeben, bei ei-ner Speditionsfirma in der Mühlenstraße ein und ver-kaufte die Waren freihändig für eigene Rechnung. Sein großer Kundenkreis erregte die Aufmerksamkeit der Si-cherheitspolizei, der es gelang, einen großen Teil der Waren in einem Speicher zu beschlagnahmen. Der unge-treue Beamte ist mit dem bisher erlösten Gelde geflüchtet.

Ein größerer Brotkartendiebstahl wurde am Son-ntag bei einer Brotkommission in Berlin-Steglitz verübt. Um 7 Uhr Morgens erschien dort ein Mann in selbstge-machter Uniform, der der Aufwartefrau mitteilte, er sei vom USR beauftragt, die Bewachung der Brotkommission zu übernehmen. Die Frau öffnete dem Soldaten die Räume, zumal dieser einen amtlichen Ausweis mit der Unterschrift Molkenbush vorlegte, der natürlich gefälscht war. Als einige Zeit später die Angestellten der Brotkommis-sion erschienen, fanden sie, daß der Soldat die Schränke erbrochen und daraus 15 000 Brotkarten gestohlen hatte.

Verdächtige Waggons. Auf dem Bahnhof Solingen hat der USR am 21. November fünf ihm verdächtig vor-kommende Waggons angehalten, die von Lüttich nach Rheinfeld bestimmt waren. In dem einen Waggon hatten sich drei Männer und drei Frauen wohllich eingerichtet und reziprocant, während sich in den übrigen Wag-gons Sped. Zett, Schokolade, Kognak, Zigarren und Tabak befanden. Die Waren wurden beschlagnahmt.

Mord in Hamburg. Eine in der Nordmannstraße wohnende Witwe namens Michaelowicz wurde am Son-ntag in ihrer Wohnung erwischt aufgefunden. Der Mör-der hat 10 000 Mark in bar mitgenommen; 3000 Mark, die an einem andern Ort aufbewahrt worden waren, sind der Aufmerksamkeit des Verbrechers entgangen. Als mut-mäßlicher Täter kommt ein Einwohner der Witwe in Frage, der flüchtig ist.

Zigarrenvorräte im Werte von 600 000 Mark sind vom USR in der Andelmannstraße in Hamburg beschlag-nahmt worden.

Zurückbares Unglück. Aus Duisburg wird ge-meldet: Auf der Hütte „Vulkan“ wollte der Hochofen-schmelzer Izewitz die undicht gewordene Deckschicht eines Hochofens feststampfen. Kaum hatte er die Leiter betre-ten, als er, von giftigen Gasen betäubt, in den Ofen hinabstürzte. Bei dem Versuch, ihn zu retten, hatten fünf weitere Personen das gleiche Schicksal. Alle sechs Per-sonen konnten nur als Leichen geborgen werden.

In der Maske eines Sicherheitsbeamten hat der aus dem Zuchthaus entwichene Klemmergeselle Lanz so erfolg-reich Raub- und Erpreßzüge unternommen, daß er in den wenigen Tagen seit dem Ausbruch der Revolution ein nicht unbedeutendes Vermögen zusammenbrachte. Als er am Sonntag von Kriminalbeamten bei einer Streife durch die Verbrecherlokale Berlins verhaftet wurde, fand man bei ihm noch 58 000 Kronen österreichischen Gel-des und 5000 Mark. Wie festgestellt wurde, hat Lanz, mit einer der weißen Armbinden des Sicherheitsdienstes ver-sehen, zuerst in Dresden, dann in Berlin in Juwelier-läden, Kleidergeschäften usw. Waren beschlagnahmt, die er für eigene Rechnung verkaufte.

Kurhaus-Konzerte.

Freitag, 29. Nov., nachmittags von 4–6 Uhr, Konzert-Dirigent: Konzertmeister Felix Kruczianak. 1. Ouverture Das Glöckchen des Eremiten (Reissart). 2. Eroik (Grieg). 3. Walzer, Morgenblätter (Strauß). 4. Fantasia aus Die verkaufte Braut (Smetana). 5. Ouverture Die Käse-berger Puppe (Adam). 6. Mazurka, Traumberg (Strauß). 7. Solrejs Lied (Grieg). 8. Tjardas aus: Der Geist der Wogemoden (Großmann).

Abends von 8½–10 Uhr: Dirigent: Kapellmeister Oskar Holger. 1. Sinfonie Nr. 3 Es-dur (J. Haydn). 2. Du und Du, Walzer (J. Strauß). 3. Ouverture Die fliegende Holländer (R. Wagner). 4. Meditation (Bach-Gounod). 5. Ouverture zu Oberon (C. M. v. Weber). 6. Ungarische Rhapsodie Nr. 2 (F. Liszt).